

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2007/2008

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2007/2008**

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt

(von der Bürgerschaft am 13.12.2006 beschlossener Haushaltsplan 2007/2008
sowie Auflistung der Änderungen und Druckfehlerberichtigungen)

Vorwort zum Einzelplan 6

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Vorbemerkungen

In 2006 sind weit reichende Veränderungen der Organisations- und Aufgabenstruktur der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zum Abschluss gekommen: Zum einen sind die Beschlüsse des Senats aus 2005 zur Reform der Verwaltung und zur Entflechtung von Aufgabenbereichen zwischen BSU und Bezirksverwaltung und die organisatorischen und ressourcenbezogenen Auswirkungen daraus umgesetzt worden, zum anderen wurden die innerbehördlichen Strukturveränderungen aufgrund der im Rahmen der Behördenneugliederung 2004 beschlossenen Zusammenlegung der Umweltämter der ehemaligen Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) mit der ehemaligen Behörde für Bau und Verkehr (BBV) zur BSU abgeschlossen. Des Weiteren haben vom Senat beschlossene zwischenbehördliche Zuständigkeitsveränderungen zu Strukturanpassungen geführt. Zu den Veränderungen im Einzelnen:

- Die mit Senatsbeschluss vom Juni 2005 (siehe Drucksache 18/2498) in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Reform der Verwaltung haben zur Entflechtung zwischen den Bezirken und der BSU in folgenden Aufgabenbereichen geführt:
 - Durchführung der städtebaulichen Sanierung,
 - Planung, Entwurf, Bau, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen, Gewässern und Erschließungen,
 - Verwaltung von Naturschutzgebieten,
 - Bauleitplanung,
 - Vermittlung von rollstuhlgerechten Wohnungen,
 - Betreuung des Infocenters „Wasser Umwelt Gesundheit“.

Die damit verknüpften Zuständigkeitsverlagerungen und ressourcenbezogenen Auswirkungen wurden von einer Projektorganisation unter Beteiligung der Finanzbehörde und der Bezirke vorbereitet und Mitte 2006 abgeschlossen.

- Im Rahmen seiner Entscheidungen zur Verwaltungsreform hat der Senat ferner beschlossen, das Amt für Bau und Betrieb der BSU in Weiterentwicklung der Organisation der staatlichen Tiefbauverwaltung in die Rechtsform eines Landesbetriebs nach § 26 Abs. 1 LHO zu überführen, um erhöhte Kostentransparenz in diesem Aufgabenbereich zu schaffen und eine Steigerung der Effizienz bei der Bearbeitung von Infrastrukturaufgaben an Straßen und Gewässern zu erzielen (siehe Drucksache 18/4149). Dieser „Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer“ ist am 01.01.2007 gegründet worden.
- Die Auswirkungen der o.a. Senatsentscheidungen zur Verwaltungsreform / Entflechtung haben Auswirkungen auf die Aufbauorganisation und die Arbeitsabläufe der BSU. Aus diesem Grunde hat die Leitung der BSU im Dezember 2005 Leitlinien für die organisatorische Fortentwicklung der Behörde erlassen. Mit den daraus abzuleitenden organisatorischen Veränderungen wird auch der Prozess der im Rahmen der Behördenneugliederung 2004 beschlossenen Zusammenlegung der ehemaligen BBV mit den Umweltämtern der ehemaligen BUG innerbehördlich abgeschlossen. Diese Umorganisation hat im Ergebnis zur Neugliederung von zwei Ämtern und zur Straffung der Verwaltung geführt. Die Umorganisation ist zum 01.08.2006 in Kraft gesetzt.
- Im September 2005 hat der Senat Änderungen in den Zuständigkeiten der Geschäftsbereiche der BSU und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) beschlossen. Die Änderungen gehen auf das Inkrafttreten der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes zurück und betreffen die allgemeine Energiepolitik, die Energiewirtschaft und die fachliche Zuständigkeit im Bereich der Energiewirtschaft für öffentliche Gebäude und führen zu einer Zuständigkeitsverlagerung auf die BWA. Die stellen- und personalwirtschaftlichen Konsequenzen sind umgesetzt, die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind abgestimmt und entschieden, die relevante Zuständigkeitsanordnung ist angepasst.

Die in diesem Haushaltsplan-Entwurf des Einzelplans 6 für 2007/2008 enthaltenen Daten und Informationen greifen die obigen Entscheidungen und organisatorischen Veränderungen auf. Sie lösen den Entwurf für den Einzelplan 6 ab, der der Bürgerschaft nach Beschlussfassung des Senats vom 13.06.2006 mit Drucksache 18/4499 zugeleitet worden war und in dem noch nicht die haushaltstechnischen Auswirkungen aus den obigen Entscheidungen berücksichtigt waren.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Einzelplans

Das Schwergewicht der Aufgaben der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt orientiert sich im Wesentlichen an dem Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt als dem obersten Ziel des Regierungsprogramms. Die Umsetzungsstrategie dieses Leitbildes richtet sich u.a. auf Schwerpunktsetzungen für qualitative Verbesserungen in den Bereichen Flächenangebot und Ressourcenmanagement.

Qualitatives Wachstum in diesem Sinne bedeutet für die Aufgabenfelder der BSU:

- o die Entwicklung von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt bzw. von teilräumlichen Planungen wie z.B. Sprung über die Elbe,
- o die Infrastrukturentwicklung für eine Wachsende Stadt mit Wohn-, Gewerbe- und Industrieerschließung einschl. der weiteren Entwicklung der HafenCity,
- o ein schonender Flächenverbrauch sowie die Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Altlastensanierung,
- o die Akzentuierung der Metropolfunktion Hamburgs als „grüne Stadt am Wasser“ durch zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Gewässergüte und den Erhalt und Ausbau der Grün- und Erholungsräume,
- o die Stärkung des Gedankens der „Lebensqualität“ in der Wachsenden Stadt u.a. durch die Intensivierung der Maßnahmen im öffentlichen Raum mit folgenden Maßnahmen:
 - die zielgruppenspezifischen Nutzungskonzepte (z.B. für Familien und ältere Menschen) verstärken,
 - die innerstädtischen Freizeit- und Erholungsflächen sichern,
 - das Handlungskonzept zur Sauberkeit der Stadt weiter voranbringen,
 - Lärm- und Luftbelastungen frühzeitig erkennen und auf vertretbarem Niveau halten,
 - naturräumliche Zusammenhänge bewahren.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

Verkehr und Straßenwesen

- Vertretung der Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostsee-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene.
- Entwicklung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur des ÖPNV (Strecken und Linien Flughafen-S-Bahn, zweigleisiger Ausbau AKN, U-Bahn zur HafenCity, S-Bahn Neugraben-Stade) sowie der Leistungsvorgaben und Tarife einschl. der Finanzierung der Maßnahmen; Steuerung der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Beteiligungsverwaltung.
- Verkehrsentwicklungsplanung einschl. ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr, Verkehrsuntersuchungen für Projekte des Bundes und Hamburgs einschl. Verkehrsdatenerhebung und Auswertung, Telematik-Datengrundlagen, Prioritätsbildung bei Netzergänzungen und für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity).
- Erstellung von Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrszweige im Rahmen integrativer Betrachtung; stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen.
- Wohn-, Gewerbe- und Industrieerschließung für die Wachsende Stadt.
- Vertretung verkehrlicher und tiefbautechnischer Belange in der Bauleitplanung.
- Wahrnehmung zentraler kommunaler Aufgaben des Straßenwesens wie Erarbeitung von Grundlagen der Straßenbautechnik und Koordinierung von Baumaßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen.
- Prüfung und Entwicklung von Projekten, Vorbereitung, Aufstellung und Weiterentwicklung der Bauprogramme einschl. Finanzierungssicherung für Maßnahmen und Verkehrsprojekte in der Baulast Hamburgs sowie in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen).
- Wahrnehmung der Aufgaben des „Bestellers“ für projektbezogene Leistungen in Planung, Entwurf und Baudurchführung gegenüber dem „Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer“.

Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

- Wohnungsneubauförderung einschließlich Wohnungsbestandspolitik. Hier sind besonders hervorzuheben:
 - Objektförderung für besondere Personengruppen (u.a. barrierefreie Wohnungen, Wohnungen für große Familien, Seniorenwohnungen) und für Baugemeinschaften.
 - Verbesserung des Wohnungsbestandes durch Modernisierung von Wohnraum.
 - Investitionszulagen für familiengerechtes Wohnen in der Wachsenden Stadt.
 - Förderung ökologischer und energiesparender Baumaßnahmen.

- Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen.
- Neustrukturierung, Weiterentwicklung und Ordnung von Stadtteilen mit städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen einschließlich der Förderung der Bürgermitwirkung.
 - Ministerielle Aufgaben der Sanierung nach dem Baugesetzbuch (BauGB).
 - Vorbereitung von Verfahren nach dem Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm.
- Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (Umlegung, Grenzregelung/vereinfachte Umlegung, Flurbereinigung, sonstige Grundstücksregelungen) sowie Betreuung vorbereitender Untersuchungen in Entwicklungsgebieten zur Flächenaktivierung auch im Rahmen der Leitziele zur Wachsenden Stadt.

Bauordnung und Hochbau

- Wahrnehmung aller ministeriellen und zentralen Aufgaben sowohl im Bereich Bauordnung/Bauaufsicht/Baugenehmigungsverfahren als auch im Bereich öffentlicher Hochbau.
- Zentrale Überwachung der hamburgischen Baustellen in sicherheitlicher und bei öffentlichen Baustellen auch in vertraglicher Hinsicht.
- Beurteilung und Zulassung technischer Innovationen, für die technische Regelwerke noch nicht existieren.
- Beurteilung europäischer und nationaler Regelungen im Bereich des Bauvergabe- und Bauvertragsrechts und deren Umsetzung in hamburgische Richtlinien.
- Entwicklung und Umsetzung von Hochbaumaßnahmen für unterschiedliche hamburgische Behörden, z.B. im Bereich des Schul- und Hochschulbaus.
- Wahrnehmung aller hochbaulichen Planungs- und Bauaufgaben des Bundes.
- Wahrnehmung der Aufgaben der Baugenehmigung und Bauaufsicht in Vorbehaltsgebieten (HafenCity).

Landes- und Landschaftsplanung

- Entwicklung von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt (z.B. Konversionsflächenplan für die Wachsende Stadt) bzw. von teilträumlichen Planungen (z.B. Sprung über die Elbe).
- Mitwirkung an überregionalen Planungen und Projekten insbesondere im Nord- und Ostseeraum im Rahmen des europäischen Raumordnungskonzeptes und Koordination im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG.
- Mitwirkung an Leitprojekten des Regionalen Entwicklungskonzeptes im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.
- Weiterentwicklung der Anwendung geographischer Informationssysteme (GIS) für die räumliche Planung insbesondere für die Ermittlung von Potenzialen zur Innenentwicklung und Verdichtung.
- Planerische und konzeptionelle Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung Hamburg 2013 und der Internationalen Gartenschau Hamburg 2013 mit ihren Einzelmaßnahmen.
- Vorbereitende Bauleitplanung und vorbereitende Landschaftsplanung nach BauGB und HmbNatSchG einschl. Umweltprüfungen, Strategische Umweltprüfung und Erarbeitung zugehöriger städtebaulicher Verträge.
- Verbindliche Bauleitplanung und verbindliche Landschaftsplanung für Senatspläne.
- Entwicklung von Gestaltungskonzepten, Stadtentwicklungsprojekten und landschaftsplanerischen Konzepten (z.B. HafenCity, Beleuchtungskonzept Innenstadt).
- Durchführung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerben.
- Federführung für die Planung und Entwicklung von Business Improvement Districts.
- Konkretisierung und Umsetzung des Konzeptes Freiraumverbundsystem/Grünes Netz Hamburg.

Umweltschutz

- Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer 1. Ordnung; wasserwirtschaftliche Planungen und Genehmigungen.
- Gewässerschutz und Gewässergüte: Fortsetzung der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60 EG – WRRL, damit die Hamburger Gewässer fristgerecht die Vorgaben erfüllen. Fortführung der nachhaltigen und Ressourcen schonenden Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsplanung.
- Gewährleistung der langfristigen Entsorgungssicherheit und eines hohen Qualitätsstandards für alle Abfallbereiche u.a. durch Kooperationen in Norddeutschland.
- Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Das Handlungskonzept liefert einen maßgeblichen Beitrag dazu, die Bevölkerung für den hohen Stellenwert des innerstädtischen öffentlichen Raums weiter zu sensibilisieren und die Lebensqualität in der Metropole Hamburg dauerhaft zu erhöhen.
- Vorbereitung und Umsetzung weiterer Sanierungsmaßnahmen im Bereich Altlastensanierung (Drs. 18/3628). Die für die weitere Erschließung der HafenCity bedeutsame Sanierung am Grasbrookhafen ist abgeschlossen.
- Bearbeiten geowissenschaftlicher Aufgaben bei Bodenkunde, Boden- und Grundwasserschutz, Altlastensanierung, Natur- und Landschaftsschutz; Geologische Landesaufnahme.

Natur- und Ressourcenschutz

- Ausrichtung aller fachbehördlichen Maßnahmen am Grundgedanken der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, um Hamburgs Identität als grüne Stadt am Wasser zu wahren.
- Förderung der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- Integration von ökologischen und ökonomischen Interessen im Sinne einer „Win-Win-Strategie“. Hierzu werden unter der „Dachmarke“ der *UmweltPartnerschaft* Hamburg eine Reihe von Projekten (Unternehmen für Ressourcenschutz, ÖKOPROFIT, Arbeit und Klimaschutz) qualitativ und quantitativ weiter entwickelt. Dies beinhaltet die Umsetzung hoher Umweltstandards für Industrie und Handwerk auf der Grundlage von Deregulierung, Förderprogrammen, Beratung und partnerschaftlicher Hilfestellung.
- Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie.
- Schutz, Pflege, Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer.
- Europäischer Naturschutz.
- Biotopschutz; Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenarten.
- Grundsatzfragen der Eingriffsregelung; Festsetzungen zur Eingriffsregelung.

Immissionsschutz und betriebsbezogener Umweltschutz

- Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben, in der Hafenvirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie in der Gentechnik.
- Zulassung von Anlagen, Genehmigungen und Befreiungen, Überwachung von Betrieben zur Einhaltung von Umweltvorschriften, Prävention und Gefahrenabwehr, Aufklärung und Beratung zur Lösung von betrieblichen Umweltproblemen.
- Atomrechtliche Aufgaben und Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Strahlenschutz.
- Gefahrenabwehr, Bekämpfung von akuten Schadensfällen für die Umwelt.
- Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Lärmeinwirkungen; Fluglärmschutzbeauftragter.
- Erfüllen der Ziele der Umweltschutzvorschriften bei bau- und abwasserrechtlichen Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes und bei Direkteinleitungen; Abwassertechnik, anlagenbezogener Gewässerschutz.

Weitere Informationen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Ämtern enthalten die Produktinformationen bei den jeweiligen Produktbereichen.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2006	2007	2008	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2007:2006	2008:2007
Einnahmen	385.550	383.588	378.624	-0,51	-1,29
Davon:					
Steuern / Steuerähnl. Abgaben (Hgr. 0)	4.711	1.500	1.500	-68,16	-
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	147.738	148.440	147.965	+0,48	-0,32
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	176.393	170.915	170.004	-3,11	-0,53
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	56.708	62.733	59.155	+10,62	-5,70
Ausgaben	871.287	893.216	890.370	+2,52	-0,32
Davon:					
Personalausgaben (inkl. KRV)	130.674	102.927	104.437	-21,23	+1,47
Sach- und Fachausgaben	506.922	471.510	472.730	+6,99	+ 0,26
Investitionen	233.691	318.779	313.203	+36,41	+1,75

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2007 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 6
Personalausgaben	33,1	11,5
Sach- und Fachausgaben	44,6	52,8
Investitionen	11,5	35,7

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2008 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 6
Personalausgaben	33,0	11,7
Sach- und Fachausgaben	44,2	53,1
Investitionen	11,4	35,2

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2004				2005			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2005 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2006 übertragene Reste	
In Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
444.391	226.455	211.668	47,6	564.666	286.384	247.349	43,8

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Durch das am 19. April 2004 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden sind der Bereich Umwelt der ehemaligen BUG und die BBV zur BSU zusammengeführt worden.

Zu den organisatorischen Veränderungen in der BSU ab Mitte 2006 siehe die Vorbemerkungen auf Seite 1.

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

Behördenleitung

Amt ZR Amt für zentrale Aufgaben und Recht	Amt WSB Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	Amt ABH Amt für Bauordnung und Hochbau	Amt V Amt für Verkehr und Straßenwesen	Amt LP Amt für Landes- und Landschaftsplanung	Amt U Amt für Umweltschutz	Amt NR Amt für Natur- und Ressourcenschutz	Amt IB Amt für Immissionschutz und Betriebe
---	---	---	---	--	-------------------------------	---	--

Produktbereiche (PB)

PB 01: Zentrale Aufgaben und Recht	PB 02: Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	PB 03: Bauordnung und Hochbau	PB 04: Verkehr und Straßenwesen	PB 05: Landes- und Landschaftsplanung	PB 06: Umweltschutz	PB 07: Natur- und Ressourcenschutz	PB 08: Immissionsschutz und Betriebe
---------------------------------------	--	----------------------------------	------------------------------------	--	------------------------	---------------------------------------	---

Produktgruppen (PG)

PG 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung u. Service	PG 01: Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Wohnungsbestands	PG 01: Bauordnung	PG 01: Verkehrsplanung	PG 01: Landesplanung	PG 01: Gewässerschutz	PG 01: Nachhaltigkeit	PG 01: Integrierter anlagen- u. betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben u. in der Gentechnik sowie atomrechtliche Aufgaben und Strahlenschutz
PG 02: Recht	PG 02: Stadterneuerung	PG 02: Hochbau	PG 02: Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs	PG 02: Stadt- und Landschaftsplanung	PG 02: Bodenschutz/ Altlasten / Altlastensanierung	PG 02: Energie	PG 02: Integrierter anlagen- u. betriebsbezogener Umweltschutz in Haftenwirtschaft, Mineralöl- u. Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen
	PG 03: Mieter- u. Wohnraumschutz, Belegungsbindungen	PG 03: Baufaufgaben des Bundes (Hochbau)	PG 03: Zentrale kommunale Aufgaben	PG 03: Stadtgrün und Erholung	PG 03: Abfallwirtschaft	PG 03: Naturschutz	PG 03: Lärmschutz und Luftreinhaltung

**Vorwort
Einzelplan 06**

	PG 04: Bodenordnung		PG 04: Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Ver- kehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundes- fernstraßen)		PG 04: Geologisches Lan- desamt		PG 04: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Gewässerschutz
			PG 05: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)				
			PG 06: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	nachrichtlich: Sondervermögen Stadt und Hafen			
			PG 07: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe u. Industrie		nachrichtlich: Wassergüterstelle Elbe	nachrichtlich: Sondervermögen für Naturschutz und Land- schaftspflege	

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen in den Jahren 2007 und 2008;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2006 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2005, Altersmodell);
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2006 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2006;
- im Finanzplan 2005-2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- luK-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2008 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2008.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan 6 (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sowie der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für ggf. vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplanentwurf 2007/2008 (Blaudruck)

Einzelplan 6 – Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Kapitel	Stellenzahl	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2008	2007	2008	2007	2008	2007
6000 Zentrale Aufgaben und Recht	379,00				2		2
6100 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	72,47						
6200/6210 Bauordnung und Hochbau	257,00						
6300 Verkehr und Straßenwesen	128,00						
6610 Landes- und Landschaftsplanung	126,10						
6700 Umweltschutz	207,89						
6800 Natur- und Ressourcenschutz	74,75						
6900 Immissionsschutz und Betriebe	171,73						

Stellenumwandlungen ²				
Kapitel	Anzahl	Begründung	Beamte in Angestellte	Angestellte in Beamte
	./.			

² entsprechend Stellenplanentwurf gem. Senatsbeschluss, ab Verg.Gr. IVa und Bes.Gr. A 11 (wie im Stellenplandruck nachgewiesen)

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist der Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS) aufgelöst worden. Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden auf die jeweiligen Budgets der Amtskapitel übertragen.

6. Einzelplandeckungsringe

Die im Einzelplan 6 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Übersichten der Deckungskreise und der zugehörigen Titel finden sich in der Anlage 4.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gehören die folgenden Einrichtungen nach § 15 Abs.2 und § 26 Abs.1 LHO; die voraussichtlichen Jahresergebnisse sind wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2007	2008	2007	2008
Amt für Bauordnung und Hochbau – Landesbau –	13.563	13.213	-224	-29
Straßen, Brücken und Gewässer einschließlich Autobahn- und Tunnelbetrieb	57.780	58.048	0	0
Geoinformation und Vermessung	27.406	27.044	-17.696	17.259
Sondervermögen „Stadt und Hafen“	26.290	28.660	0	0
Sondervermögen "Naturschutz und Landschaftspflege"	452	452	0	0
Wassergütestelle Elbe	750	750	0	0

Wirtschaftspläne und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichem Ersuchen

Den frauenspezifischen Interessen wird bei der Veranschlagung und Verwendung der Haushaltsmittel des Einzelplans 6 allgemein Rechnung getragen.

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen nach Baugesetzbuch und außerhalb der Sanierung (Soziale Stadtteilentwicklung) wurden verschiedene frauen- und Mädchenspezifische Projekte gefördert. Neue Projekte in 2005/2006, die unter dem Aspekt „Berücksichtigung von frauen- und Mädchenspezifischen sowie lesben- und schwulenspezifischen Belangen“ relevant wären, gibt es zurzeit nicht.

Eine Arbeitsgruppe „Fachfrauen für Bauwesen und Verkehrsplanung“ begleitet die Aufgabenwahrnehmung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt aus frauenspezifischer Sicht. Die Frauen der Arbeitsgruppe sind Mitarbeiterinnen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die sich zusätzlich zu ihren jeweiligen Aufgabenbereichen engagieren.

Im Übrigen ist eine gesonderte Veranschlagung von Maßnahmen bzw. Mitteln hierfür im Einzelplan 6 nicht vorgesehen.

9. Zuwendungen

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als Infrastrukturbehörde gewährt im Wesentlichen Zuwendungen für Projektförderungen. Empfänger sind in vielen Fällen staatliche Unternehmen wie z.B. die Hamburger Hochbahn. Fördermittel werden im Bereich Stadtentwicklung insbesondere gewährt für die Durchführung von Baumaßnahmen und/oder Beschaffungen, die der Förderung des ÖPNV dienen. Gefördert werden aber auch Vorhaben zur Herstellung von Stellplatzanlagen oder der Stadtteilentwicklung (Stadtteilentwicklungsprogramm). Im Umweltbereich liegt der Schwerpunkt bei den Investitionszuschüssen zur Energie- und Wassereinsparung sowie zur Nutzung regenerativer Energiequellen und Umwelttechnologien.

Institutionell gefördert wird z.B. die GmbH zur Vorbereitung und Abwicklung der Internationalen Bauausstellung Hamburg 2013, deren Einzelmaßnahmen wiederum über projektbezogene Zuwendungen gefördert werden.

Die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Zuwendungsverfahrens liegt bei den zuständigen Fachämtern. Die Ämter haben die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften des Zuwendungsrechts - insbesondere der Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 u. 44 LHO - sicherzustellen.

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Die konkreten Auswirkungen der abzuschließenden Veränderungen der Organisations- und Aufgabenstruktur der BSU auf Haushalt, Stellenplan und Personalbudget sind - soweit jetzt bereits möglich - in den vorliegenden Entwurf zum Haushaltsplan 2007 / 2008 aufgenommen. Berücksichtigt ist auch die Konkretisierung (bei den Personalausgaben der Produktgruppen und im Stellenplan) der vom Senat für das Haushaltsjahr 2006 für den Einzelplan 6 festgelegte Einsparrate bei den Personalausgaben in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

11. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Nicht für alle Leistungsbereiche der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt konnten bisher steuerungsrelevante Kennzahlen entwickelt werden, die einen klaren Zielbezug erkennen lassen und konkrete Aussagen über die Leistungserbringung ermöglichen. Ziel der BSU bleibt es jedoch, Kennzahlen für weitere Bereiche zu entwickeln, um künftig verstärkt Steuerungsaufgaben wahrnehmen zu können.

Aufgrund der in 2006 erfolgten Zentralisierung der Verwaltungen der Ämter der BSU, der im Rahmen der Entflechtung zu erbringenden Intendantanteile für die auf die Bezirke zu übertragenden Fachstellen sowie der auf die Administration des „Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer“ zu übertragenden Stellen der Zentralverwaltung der BSU, die teilweise als besetzte, teilweise unbesetzt übertragen werden, kann die Qualitätskennzahl „Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten“ noch nicht ausgewiesen werden. Dies hat zur Folge, dass auch die innerbehördlichen Gemeinkosten für alle Bereiche nicht ermittelt werden konnten.

Die mittelfristige Entwicklung folgender Aufgabenfelder des Einzelplans 6 wird im Finanzbericht dargestellt:

- Wohnungswesen
- Hochwasserschutz
- Verkehr
- Umweltschutz
- Naturschutz und Landschaftspflege

Für den Einzelplan 6 besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu den Produktbereichen:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Zentrale Aufgaben und Recht	6000	Zentrale Aufgaben und Recht
02 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
03 Bauordnung und Hochbau	6200/ 6210	Bauordnung und Hochbau / Bauaufgaben des Bundes
04 Verkehr und Straßenwesen	6300	Verkehr und Straßenwesen
05 Landes- und Landschaftsplanung	6610	Landes- und Landschaftsplanung
06 Umweltschutz	6700	Umweltschutz
07 Natur- und Ressourcenschutz	6800	Natur- und Ressourcenschutz
08 Immissionsschutz und Betriebe	6900	Immissionsschutz und Betriebe

**Vorwort
Einzelplan 06**

Gesamtübersicht Einzelplan 6

Haushaltsplan 2007

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	383.588	102.927	471.510	318.779	893.216
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	3.644	28.902	29.175	5.711	63.788
Produktbereich 02	35.576	4.560	124.707	37.293	166.560
Produktbereich 03	13.451	17.834	5.888	200	23.922
Produktbereich 04	297.144	15.029	204.645	166.680	386.354
Produktbereich 05	3.150	5.494	23.874	35.962	65.330
Produktbereich 06	24.778	13.159	80.170	65.471	158.800
Produktbereich 07	22	4.818	1.909	7.133	13.860
Produktbereich 08	5.823	13.130	1.141	328	14.599

Haushaltsplan 2008

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	378.624	104.437	472.730	313.203	890.370
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	3.598	29.378	28.813	5.636	63.827
Produktbereich 02	32.998	4.573	128.230	32.601	165.404
Produktbereich 03	13.516	18.013	5.693	200	23.906
Produktbereich 04	295.252	15.530	202.732	176.906	395.168
Produktbereich 05	2.639	5.526	24.153	24.033	53.712
Produktbereich 06	24.776	13.247	80.097	66.097	159.441
Produktbereich 07	22	5.861	1.892	7.190	13.743
Produktbereich 08	5.823	13.309	1.120	540	14.969

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

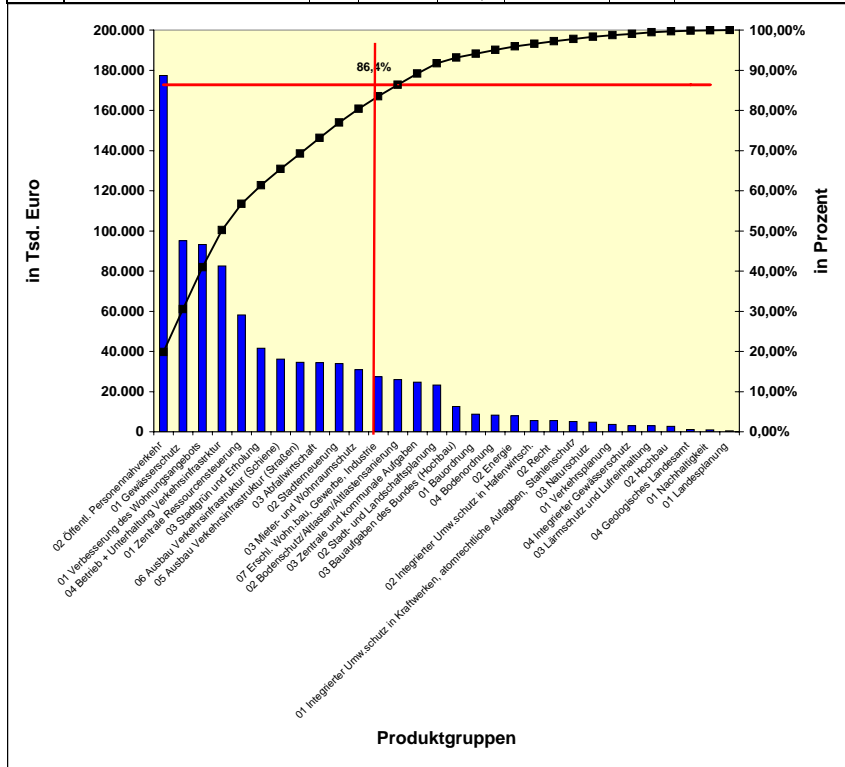
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80 : 20 Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt

Haushaltsjahr 2007: Einzelplan 06.0 - Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

1	2	3	4	
			PG	PB
Summierungsabgleich in Tsd. EUR		PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben	
1	01 Zentrale Ressourcensteuerung	01	58.242	
	02 Recht	01	5.546	
	gesamt		63.788	63.788
	01 Sicherstellung eines angemessenen Wohnraums	02	93.244	
	02 Stadterneuerung	02	34.021	
	03 Mieter- und Wohnraumschutz, Belegung	02	30.943	
	04 Bodenordnung	02	8.352	
	gesamt		166.560	166.560
	01 Bauordnung	03	8.689	
	02 Hochbau	03	2.636	
	03 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	03	12.597	
	gesamt		23.922	23.922
	01 Verkehrsplanung	04	3.685	
	02 Öffentl. Personennahverkehr	04	177.406	
	03 Zentrale und kommunale Aufgaben	04	24.669	
	04 Betrieb + Unterhaltung Verkehrsinfrastruktur	04	82.571	
	05 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Straßen)	04	34.513	
	06 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	04	36.122	
	07 Erschl. Wohn.bau, Gewerbe, Industrie	04	27.388	
	gesamt		386.354	386.354
	01 Landesplanung	05	429	
	02 Stadt- und Landschaftsplanung	05	23.341	
	03 Stadtgrün und Erholung	05	41.560	
	gesamt		65.330	65.330
	01 Gewässerschutz	06	95.133	
	02 Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung	06	25.904	
	03 Abfallwirtschaft	06	34.465	
	04 Geologisches Landesamt	06	1.151	
	gesamt		156.653	156.653
	01 Nachhaltigkeit	07	1.020	
	02 Energie	07	7.997	
	03 Naturschutz	07	4.844	
	gesamt		13.861	13.861
	01 Integrierter Umw.schutz in Kraftwerken,	08	5.120	
	02 Integrierter Umw.schutz in Hafenvirtschaft	08	5.604	
	03 Lärmschutz und Luftreinhaltung	08	2.990	
	04 Integrierter Gewässerschutz	08	3.032	
	gesamt		16.746	16.746
	Summe		893.214	893.214

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	02 Öffentl. Personennahverkehr	04	177.406	19,86%	19,86%	5	4
2	01 Gewässerschutz	06	95.133	10,65%	30,51%	3	27
3	01 Verbesserung des Wohnungsangebots	02	93.244	10,44%	40,95%	3	2
4	04 Betrieb + Unterhaltung Verkehrsinfrastruktur	04	82.571	9,24%	50,20%	5	11
5	01 Zentrale Ressourcensteuerung	01	58.242	6,52%	56,72%	6	5
6	03 Stadtgrün und Erholung	05	41.560	4,65%	61,37%	3	9
7	06 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	04	36.122	4,04%	65,41%	7	6
8	05 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Straßen)	04	34.513	3,86%	69,28%	12	2
9	03 Abfallwirtschaft	06	34.465	3,86%	73,14%	3	3
10	02 Stadterneuerung	02	34.021	3,81%	76,94%	5	9
11	03 Mieter- und Wohnraumschutz	02	30.943	3,46%	80,41%	3	5
12	07 Erschl. Wohn.bau, Gewerbe, Industrie	04	27.388	3,07%	83,47%	4	13
13	02 Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung	06	25.904	2,90%	86,37%	4	7
14	03 Zentrale und kommunale Aufgaben	04	24.669	2,76%	89,14%	10	8
15	02 Stadt- und Landschaftsplanung	05	23.341	2,61%	91,75%	4	2
16	03 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	03	12.597	1,41%	93,16%	5	2
17	01 Bauordnung	03	8.689	0,97%	94,13%	6	2
18	04 Bodenordnung	02	8.352	0,94%	95,07%	1	2
19	02 Energie	07	7.997	0,90%	95,96%	4	19
20	02 Integrierter Umw.schutz in Hafenvirtschaft	08	5.604	0,63%	96,59%	7	3
21	02 Recht	01	5.546	0,62%	97,21%	5	1
22	01 Integrierter Umw.schutz in Kraftwerken, at	08	5.120	0,57%	97,78%	3	3
23	03 Naturschutz	07	4.844	0,54%	98,33%	4	10
24	01 Verkehrsplanung	04	3.685	0,41%	98,74%	2	26
25	04 Integrierter Gewässerschutz	08	3.032	0,34%	99,08%	6	10
26	03 Lärmschutz und Luftreinhaltung	08	2.990	0,33%	99,41%	4	2
27	02 Hochbau	03	2.636	0,30%	99,71%	2	2
28	04 Geologisches Landesamt	06	1.151	0,13%	99,84%	2	4
29	01 Nachhaltigkeit	07	1.020	0,11%	99,95%	2	3
30	01 Landesplanung	05	429	0,05%	100,00%	1	2
Summe			893.214	100,0%		54	91



Produktinformationen

Produktbereich 01: Zentrale Aufgaben und Recht

Kapitel 6000

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.451	4.041	4.071	3.644	3.598
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.451	4.041	4.071	3.644	3.598
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹	51.220	66.200	64.616	58.077	58.191
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	20.604	33.046	31.892	28.902	29.378
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.616	33.154	32.724	29.175	28.813
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	17.917	17.800	17.700	17.544	17.544
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	120	104	104	104	104
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.457	6.499	6.815	5.771	5.636
Stellen	-	431,14	431,14	379	379

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Umsetzung politischer und administrativer Zielsetzungen (u.a. Ressourcensteuerung, Organisations- und Personalentwicklung) unter Berücksichtigung der Verwaltungsmodernisierung auf der Grundlage des NSM.
Z 2:	Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Rahmen des Aufgabenbereichs der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service
PG 2	Recht

Produktgruppe 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service

Kapitel 6000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Bedarfsgerechte Unterstützung der Behördenleitung und Beratung der Ämter sowie sonstiger Dienststellen, insbesondere durch Ressourcensteuerung, Controlling und Berichtswesen bei der Entwicklung zukunftsfähiger personeller, organisatorischer und technischer Strukturen bei der Fortführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung, der Aufgabenkritik und der Haushaltskonsolidierung
Z 2:	Effektive Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen (betriebswirtschaftlich, gesellschaftsrechtlich) unter Einhaltung fachpolitischer, haushaltswirtschaftlicher und sonstiger Vorgaben sowie wirtschaftliche Stiftungsaufsicht
Z 3:	Kundenorientierte Information und Beratung der Öffentlichkeit zu Themen des Umweltschutzes
<i>Produkte</i>	
P 1	Leitungsunterstützung einschließlich Innere Revision, Beteiligungsverwaltung und Zentrale Vergabeaufsicht
P 2	Personal / Organisation / Haushalt / Betriebswirtschaft

¹ Aufgrund umfassender Organisationsveränderungen in der BSU liegen keine aussagefähigen Vergleichszahlen für die Personalausgaben und Stellen vor.

² siehe 1. Die Personalausgaben enthalten neben den Personalausgaben der Produktgruppen Aufwandsentschädigungen für Deputierte, Ausgaben für den Personalrat und den KRV. Die Personalausgaben konnten noch nicht an die neue Organisationsstruktur angepasst werden.

Produktbereich: 01
Zentrale Aufgaben und Recht

P 3 Infrastrukturleistung
P 4 Informationstechnik

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.353	3.996	4.026	3.174	3.128
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.353	3.996	4.026	3.174	3.128
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	48.974	62.921	61.317	52.974	53.007
• Personalausgaben in Tsd. EUR ³	18.547	29.957	28.783	23.989	24.384
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.427	32.964	32.534	28.985	28.623
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	17.917	17.800	17.700	17.544	17.544
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	56	40	40	40	40
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.457	6.499	6.815	5.711	5.636

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	278	449	432	359	366
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	278	449	432	359	366

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen Der Schwerpunkt der Einnahmen liegt bei der Verwaltungsgebühren (470T€ beim Titel 6000.111.02) und den Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe nach §§ 15 und 26 LHO sowie der Anstalten öffentlichen Rechts (2677 T€ in 2007 und 2631 T€ in 2008 beim Titel 6000.26101).</p> <p>Personalausgaben Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt im Bereich Personal, Organisation, Haushalt und Betriebswirtschaft (P 2).</p> <p>Sach- und Fachausgaben Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (P 3); insbesondere sind zu nennen Geschäftsbedarf und Kommunikation (661 T€ in 2007 und 683 T€ in 2008 beim Titel 6000.511.22), Bewirtschaftung der Grundstücke (1.438 T€ bei 6000.517.22), Mieten und Pachten (3.882 T€ beim Titel 6000.518.22). Weitere wesentliche Ausgaben sind die Erstattungen für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Dataport (882 T€ beim Titel 6000.671.56) und Ausgaben im Zusammenhang mit der IT-Technik (1.183 T€ beim Titel 6000.535.56). Der Betriebszuschuss an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung beträgt 14.262 T€ in 2007 und 13.900 T€ in 2008 (Titel 6000.682.58).</p> <p>Investitionen Der Schwerpunkt liegt bei</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude der Billstraße mit rd. 5 Mio. EUR (Titel 6000.823.01) und - den Investitionszuschüssen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung mit 1,1 Mio. EUR (Titel 6000.891.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁴	-	384,20	384,20	315	315

³ siehe 1

⁴ siehe Vorwort

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Personalbetreuungskosten pro Beschäftigtem in EUR ⁵	-	749	769	-	-
- durchschn. Personalverwaltungskosten je Beschäftigtem in EUR	-	395	406	-	-
- durchschn. Personalentwicklungskosten je Beschäftigtem in EUR	-	354	364	-	-
Kosten der Fortbildung je Beschäftigtem in EUR	-	136,91	141	-	-

Produktgruppe 02: Recht

Kapitel 6000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Durch die Schaffung und Anwendung der Rechtsgrundlagen soll für die Handlungsbereiche und Aufgaben der Behörde für Bau und Verkehr und durch Beratung der Ämter ein rechtsstaatliches, bürgerorientiertes, wirtschaftliches und zukunftsfähiges Handeln ermöglicht werden.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsetzung und Rechtsgestaltung P 2 Rechtsanwendung, Rechtsberatung und Prozessführung P 3 Planfeststellungs- / Plangenehmigungsverfahren P 4 Rechts- und Fachaufsicht P 5 Ordnungsrechtliche Aufgaben (Betriebsgenehmigungen für Straßengüterverkehr, Omnibusse und Taxen, einschließlich Überwachung und Ordnungswidrigkeiten)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	98	45	45	470	470
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	98	45	45	470	470
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁶	2.246	3.279	3.299	5.103	5.184
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷	2.057	3.089	3.109	4.913	4.994
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	189	190	190	190	190
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	64	64	64	64	64
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	0	0	60	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁸	31	46	47	96	96
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	31	46	47	96	96

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Personalausgaben Die Personalkosten verteilen sich etwa gleichmäßig auf die Produkte 1-4.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁹	-	43,94	43,94	64	64

⁵ Siehe 1

⁶ siehe 1

⁷ siehe 1

⁸ siehe 1

⁹ siehe 1; zusätzliche Stellen ausgewiesen ab 2007 durch Übergang der Verkehrsgewerbeaufsicht zum Rechtsamt in 2005.

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	29.731	51.253	54.948	35.576	32.998
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	19.337	40.900	45.900	20.400	21.400
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	10.394	10.353	9.048	15.176	11.598
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	122.228	171.153	182.977	129.266	132.803
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	6.467	4.797	4.863	4.560	4.572
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.350	74.899	76.749	40.619	32.334
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	30.585	73.000	39.000	30.004	32.004
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	83.411	91.457	101.365	84.087	95.897
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	20.969	23.404	24.576	37.294	32.602
Stellen	76,81	86,50	86,50	72,47	72,47

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Verbesserung des Wohnungsangebots
Z 2:	Verbesserung der Wohnsituation sowie die Sicherung von preiswertem Wohnraum für die ansässige Bevölkerung und der Schutz der Bewohner vor Verdrängungen
Z 3:	Verbesserung städtebaulicher Verhältnisse, der technischen und sozialen Infrastruktur in vom Strukturwandel negativ betroffenen oder benachteiligten Stadtteilen, Schaffung von Stadtteil- oder Quartierszentren
Z 4:	Förderung des lokalen Gewerbes, Stabilisierung von Stadtteil- oder Quartierszentren
Z 5:	Bildung neuer zweckmäßig geschnittener und nach dem Baurecht geeigneter Grundstücke für Private und die FHH einschließlich Neuordnung von Rechtsverhältnissen an Grundstücken als Voraussetzung zur Realisierung von Baumaßnahmen und sonstigen Grundstüknutzungen
Z 6:	Beschaffung und Bereitstellung von Flächen für Erschließungen, öffentliche Grünanlagen, Gemeinbedarfseinrichtungen, ökologische Ausgleichsflächen u. dgl. für die jeweiligen Bedarfsträger
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Wohnungsbestands
PG 2	Stadterneuerung
PG 3	Mieter- und Wohnraumschutz, Belegungsbindungen
PG 4	Bodenordnung

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erreichung einer quantitativ und qualitativ angemessenen Wohnraumversorgung der Bevölkerung Das Ziel wird durch die Förderung des Wohnungsneubaus, die Modernisierung und die Instandsetzung des Wohnungsbestands erreicht. Das Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung entwickelt und setzt die wohnungspolitischen Vorgaben auf ministerieller Ebene um. Dazu werden die rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet. Die staatliche Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung geförderter Mietwohnungen führt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) durch. Siehe auch Erläuterungen zu den Titeln 6100.571.01, 571.02, 661.50 und 663.50.

¹⁰ Veränderungen durch Umstrukturierung der Behörde erst ab 2007 berücksichtigt.

<i>Produkte</i>
<p>P 1 Ministerielle Angelegenheiten Schwerpunkte: Erarbeitung von Grundlagen der Wohnungspolitik. Fachaufsicht über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt; Mitwirkung als Bedarfsträger an der Bauleitplanung</p> <p>P 2 Förderprogramme Schwerpunkte: Entwicklung und Fortschreibung der Förderprogramme für den Wohnungsneubau sowie die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum; Steuerung der WK</p> <p>P 3 Maßnahmen zur Sicherstellung der Wohnraumversorgung unter Berücksichtigung sozialer Problemlagen Schwerpunkte: Entwicklung von Konzepten; Förderung von speziellen Wohnformen; Begleitung von Großvorhaben</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.981	6.538	5.710	5.500	4.400
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	5.981	6.538	5.710	5.500	4.400
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	83.559	90.883	100.529	84.203	95.726
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.698	1.024	1.037	1.347	1.351
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	193	240	90	464	177
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	81.668	89.619	99.402	82.392	94.198
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.803	6.551	5.723	9.041	8.949

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	25	15	16	20	20
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	25	15	16	20	20

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen/Investitionen Durchlaufende Bundesmittel in Höhe von rd. 5,5 Mio. EUR in 2007 (2008: 4,4 Mio. EUR) für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues werden an die WK weitergeleitet, für die FHH also aufkommensneutral (P 2). Die Höhe der Bundesmittel wird sich noch durch die Ergebnisse der im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Föderalismusreform verändern. Nach dem derzeitigen Stand ist ein Aufkommen in Höhe von 9,55 Mio. EUR zu erwarten, in dem die vorstehend genannten Zahlungen aufgehen.</p> <p>Betriebsausgaben Die Betriebsausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen rund 7,5 Mio. EUR für Zinsausgaben in 2007 (in 2008 7,3 Mio. EUR) und 76.500 Tsd. EUR in 2007 für den Zins- und Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (2008: 88.500 Tsd. EUR). In den Ansätzen für den Titel 6100.663.50 wurden zur Abdeckung der Folgekosten des Forderungsverkaufs 7,1 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2007 und 11,6 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2008 berücksichtigt (P 2).</p>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	20,14	18,47	18,47	21,41	21,41

